

Antrag 26/I/2026 KDV Mitte

Schluss mit der Ausbeutung indischer Arbeitskräfte! Für die Beendigung eines kriminellen Systems

Beschluss:

Wir fordern die Mitglieder der SPD Fraktion im Abgeordnetenhaus und der SPD-Bundestagsfraktion dazu auf, der Ausbeutung indischer junger Menschen in Deutschland ein Ende zu setzen. Hierzu soll:

- die Umsetzung der im Jahr 2024 beschlossene Fachkräftestrategie mit Indien auf die Anwerbung von Studierenden und Arbeitskräften unter falschen Angaben (z.B. Sprachnachweise, Qualifikationen) und falschen Versprechungen (z.B. den Erhalt erfolgsversprechender Abschlüsse und sicherer Jobs) überprüft werden.
- klare Qualitätskriterien für private Unis eingeführt und deren konsequente Umsetzung überprüft werden.
- die Arbeit des Zolls und Gemeinsamen Ermittlungsgruppe Arbeitsausbeutung (GEA) verstärkt werden mit einem Fokus auf Lieferdienste, Fahrdienste und Restaurants.
- die Aufklärungs- und Beratungsarbeit hinsichtlich der eigenen Rechte (Aufenthalt, Arbeit) verstärkt werden. Der Staat soll in Zusammenarbeit mit indischen Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften mehrsprachige Aufklärungs- und Beratungsangebote schaffen, die die Betroffenen frühzeitig und niedrigschwellig erreichen. Dies könnte zum Beispiel ein Aufklärungspapier bei der Visavergabe sein, das mehrsprachig über Rechte und auf entsprechende Beratungsstellen verweist und von Arbeitskräften und Studierenden unterschrieben werden muss. Zudem sollen Privatunis verpflichtet werden, entsprechende Angebote zu verbreiten und Menschenrechtsorganisationen vor Ort einzubinden.
- ein Netzwerk gegen Ausbeutung (getragen von Staat, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und NGOs wie zum Beispiel der BEMA (Beratungszentrum für Migration und gute Arbeit) und AFRIW e.V.) zu besserer Prävention von Ausbeutung indischer und andere ausländischen Arbeitskräfte eingerichtet werden.

Überweisen an

AH Fraktion, Landesgruppe